

Die große Aggressionsverschiebung

[Drucken](#)

Über Pegida, diffuse Ängste und die Reaktion der Politik -

Von HERBERT SCHUI, 9. Januar 2014 -



Ressentiments und Ungehagen gegen Parteien und Medien:
PEGIDA-Demonstration in Dresden

Die Politiker sind etwas ratlos. Wie sollen sie mit den Pegida-Demonstrationen umgehen? Die Organisatoren der Proteste sind identifiziert: Politik und Medien ordnen sie den Rechtsradikalen zu. Vermieden wird aber durchweg, dasselbe für die Demonstranten zu behaupten. Dies aus zwei Gründen: Die Behauptung müsste schlüssig nachgewiesen werden. Mit der Vermutung ist es nicht getan. Überdies ist es offenbar für die Parteien taktisch nicht klug, die Teilnehmer an den Demonstrationen zu verdächtigen,

rechtsradikal, rassistisch, fremdenfeindlich zu sein. Umfragen nämlich zeigen, dass 30 Prozent der Deutschen „voll und ganz“ Verständnis haben für die Demonstrationen und 19 Prozent „eher“ Verständnis. (1) Zusammen ist es also fast die Hälfte. Werden die Demonstranten zu hart angefasst, so offenbart die Sorge, verdirbt man es sich mit einem großen Teil der Bevölkerung.

Entsprechend einheitlich reagieren die Volksparteien. Sie unterscheiden zwischen den Rechtsradikalen, d.h. in der Hauptsache den Organisatoren als „Neonazis in Nadelstreifen“ (NRW-Innenminister Ralf Jäger, SPD) auf der einen Seite und den Leuten, die sich mit „ihren diffusen Ängsten vor einer Überfremdung“ von der Politik nicht ernst genommen fühlten. Sie seien verunsichert und liefen mit. Auf diese müsse man „zugehen“ (Sigmar Gabriel). Der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz hält nicht alle Pegida-Demonstranten für ausländerfeindlich und rechts. Aber weil es so viele seien, müsse man „als Politik diese Menschen auch ernst nehmen“. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann will die Drahtzieher bekämpfen. „Mit den Mitläufern müssen wir reden.“ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will die „Ängste der Bevölkerung aufnehmen, bevor es rechtsextremistische Rattenfänger mit ihren dumpfen Parolen tun“. De Maizièr weist auf eine Studie hin, die belege, dass sich ein Teil der Bürger wie Fremde im eigenen Land fühlten. „Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen, damit müssen wir uns auseinandersetzen.“

Die Mehrheit der Demonstranten wird offenbar wahrgenommen als „die kleinen Leute“

mit diffusen Ängsten, Sorgen und Nöten. Pädagogischer Umgang mit ihnen soll helfen. Man verspricht, sie ernst zu nehmen. Dieses Herangehen kritisiert der Politologe Werner J. Patzelt: „Was als Fremdenfeindlichkeit daherkommt, entpuppt sich als sozialer Konflikt. Bei ihm steht die auf ihre Bildung und Humanität stolze Oberschicht gegen das einfache Volk, das sich anscheinend lümmelhaft aufführt und deshalb Zurechtweisung und Belehrung seitens der besseren Kreise verdient.“ (2) Oder anders: Die gesellschaftliche Schicht, die sich wegen ihres überdurchschnittlichen Einkommens Bildungsnähe nachsagt, meint, eine erzieherische Aufgabe wahrnehmen zu müssen. Mit der Bildungsnähe allerdings hat es seine besondere Bewandnis. Denn der Leistungsträger, der Techniker des praktischen Wissens, hat mit seiner Halbbildung den klassischen Bildungsbürger des 18. Jahrhunderts ersetzt. Beredter Ausdruck dieser Halbbildung sind die „Bildungsinvestitionen“. Sie begrenzen die Bildung auf ihre berufliche Verwertbarkeit, auf das, was Unternehmen nachfragen. Die in dieser Weise ökonomisierte Gesellschaft ist, so die Forschungsgruppe um den Bielefelder Erziehungswissenschaftler Heitmeyer, der Nährboden für elitär motivierte Menschenfeindlichkeit. (3) Herausgebildet habe sich ein „entkultiviertes Bürgertum“, „eine rabiate Mittelschicht“. Sie übernimmt zunehmend die Meinungsführerschaft. Es wundert demnach nicht, wenn ein entkultiviertes Bürgertum auf die „kleinen Leute“ und diese wiederum (viel Auswahl bleibt ihnen nicht) auf die Muslime abschätzig herabsehen.

Der Islam als Ersatz für das eigentliche Aggressionsobjekt

Der Neonazi-Verdacht reicht für sich genommen nicht aus, um die Pegida-Demonstrationen zu begreifen. Was veranlasst so viele Leute, sich diesen anzuschließen? Ist es wirklich einfach die Ablehnung des Islam? Wie sind die gelegentlichen Wahlerfolge der NPD in Sachsen zu erklären? Sind die Wähler einfach nur Faschisten oder was bewegt sie im Grunde? Und was sind die Motive, die AfD zu wählen?

Die Volksparteien wollen sich den Leuten, die an den Demonstrationen teilnehmen, verständnisvoll-pädagogisch zuwenden. Sie wollen die „diffusen Ängste, die Sorgen und Nöte“ ernst nehmen, aber wie? In einer ökonomisierten Gesellschaft haben wirtschaftliche Argumente Vorrang. Also werden Zahlen genannt, die belegen, dass der wirtschaftliche Nutzen der Flüchtlinge höher ist als der Aufwand für sie. (4) Hans Werner Sinn, der Chef des Ifo-Instituts, nimmt das als Stichwort auf. Er stellt fest: „Migration ist ein Verlustgeschäft.“ (5) Im *Spiegel* wird Sinns „Migranten-Mathematik“ sachkundig widerlegt. (6) Weitere Argumente gegen Sinn bringt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg in die Debatte. Er betont, dass sich eine Kosten-Nutzen-Analyse verbiete, da die Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufgenommen würden. (7) Würden aber tatsächlich weniger Leute an den Demonstrationen teilnehmen, wenn allen klar wäre, dass Migration kein „Verlustgeschäft“ ist, wenn bewiesen wird, dass die Altersrente nicht deswegen niedrig ausfällt, weil das Geld für Flüchtlinge aufgewendet wird? Oder sind die „Sorgen, Nöte und diffusen Ängste“ am Ende damit noch nicht ausgeräumt? Was sind die wirklichen,

auch versteckten Motive der Demonstranten? Ist die Sache erklärt, wenn sie beim Wort genommen werden als patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes?

Eine Antwort auf diese Frage kann die Psychologie geben. Tatsächlich geht es nicht einfach gegen den Islam. Er ist der Ersatz für den eigentlichen, den objektiven Gegner. Wir haben es hier, so ist zu vermuten, mit einer Verschiebung, auch Aggressionsverschiebung zu tun. Das eigentliche Motiv für die Demonstrationen – ebenso wie für die Erfolge der AfD – ist die Vorstellung einer allgemeinen Bedrohung, nämlich durch Arbeitslosigkeit, niedrige Renten, Armut allgemein. Einen Anhaltspunkt hierfür liefert eine empirische Untersuchung aus dem Jahr 2011. (8) Feindlich eingestellt gegenüber dem Islam sind zum einen 26 Prozent der Bevölkerung, die eher arm sind, auch wenn sie je zur Hälfte eine gute oder schlechte Ausbildung haben. In der Zukunft befürchten sie einen weiteren Abstieg. Zum anderen gibt es eine weitere, kleinere Gruppe, die sorgenlos lebt. Ihre Einstellung erklärt die Studie mit verhärteter Selbstgerechtigkeit als wesentlichem Motiv für den „Extremismus der Mitte“. Allen dürfte gemeinsam sein, dass sie fürchten, nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein.

Die Ursache hierfür wird aber nicht in der Globalisierung allgemein gesucht, nicht im geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), nicht in der EU mit einem eher machtlosen Parlament und einer mächtigen Kommission, nicht in einer internationalen Finanzwirtschaft, der sich alles zu unterwerfen hat. Rational wäre nun, sich gegen diejenigen gesellschaftlichen Kräfte zu wenden, die das Freihandelsabkommen durchsetzen wollen, die Arbeitslosigkeit, geringen Lohn oder niedrige Renten verursacht haben. Der Gegner ist dann die Unternehmerschaft und die politische Parteien, besonders die Volksparteien, die dem Interesse der Unternehmerschaft verpflichtet sind. Den wirklichen Gegner ausfindig zu machen, setzt allgemeine Bildung voraus – und den Mut dazu, den Gegner beim Namen zu nennen. Denn dieser Gegner ist mächtig. An der NPD-Parole „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ lässt sich das weiter verdeutlichen. Wer die Arbeitslosigkeit nicht erklären kann mit zu wenig privatem Konsum als Folge niedriger Löhne und die Ursache für die geringe Staatsnachfrage nicht erklärt mit niedrigen Unternehmenssteuern, wer also nicht erkennt, dass unzureichende Nachfrage als Folge der Verteilung des Volkseinkommens zugunsten des Gewinns die Ursache von Arbeitslosigkeit ist, und wer obendrein Angst davor hat, sich mit den Unternehmen anzulegen, der konzentriert sich auf etwas Nächstliegendes, irgendwie Plausibles, wenngleich Falsches. Da nehmen die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze weg und machen sich ein schönes Leben zu Lasten der Sozialkassen. Und da sie anders als die Unternehmen keine Macht haben, fällt es leichter, gegen sie zu agitieren.

Diese Haltung ist als Verschiebung zu verstehen. Feindschaft gegenüber den wirklichen Verursachern der eigenen schlechten Lage wird unterdrückt, eine solche Feindschaft ist unerwünscht, unangenehm, weil sie eine gewaltige Herausforderung bedeutet. Die Feindschaft als Folge von Versagung und Repression wird sozial vom eigentlichen Objekt abgewandt. Sie braucht ein Ersatzobjekt. (9) Hierfür kommen die Ausländer, die

Flüchtlinge in Frage. Sie sind konkret, greifbar genug. Denn wer wenig informiert ist oder sein will, kann behaupten, dass sie den Deutschen die Arbeit wegnehmen und überhaupt auf unsere Kosten leben. Eine weitere wichtige Eigenschaft des Ersatzobjektes ist, dass es „historisch fundiert ist und als unbestreitbares Element der Tradition erscheint. Es muss in starren und wohlbekannten Stereotypen definiert sein.“ (10) Dafür sorgt der Begriff der Islamisierung des Abendlandes.

Lässt man dieses Verschiebungsargument gelten, dann werden die Politiker, wenn sie „Ängste der Bevölkerung aufnehmen“, „diese Menschen auch ernst nehmen“, wenn sie mit „den Mitläufern reden“ wollen, in Schwierigkeiten geraten. Denn es reicht ja nicht hin, das Ersatzobjekt zum Tabu zu erklären: Die Gründe, die die Verschiebung hervorrufen, werden intensiv genug wirken, damit ein anderes Ersatzobjekt an die Stelle der Muslime tritt.

„Wir sind das Volk“ - der Populismus von Pegida und AfD

Allerdings richten sich die Pegida-Demonstrationen nicht einzig gegen Zuwanderung, Fremde und Islam. Es kommen auch andere Parolen vor als „Gewaltfrei und vereint. Gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden.“ Da heißt es: „Parteien gute Nacht. Bürger an die Macht“, oder „Volksentscheid ins Grundgesetz“ und – besonders häufig: „Wir sind das Volk“ – auch mit dem Zusatz „Wir lassen uns nicht länger belügen.“ Dazu kommt die Kritik an den Medien: „Lügenpresse, halt die Fresse“, „(Irre-)Leitmedien demaskieren. Für Meinungsvielfalt“ oder „Gegen Bevormundung, Medienhetze, käufliche Journalisten.“ Diese Parolen, nimmt man sie wörtlich, beweisen nicht Islam- und Fremdenfeindlichkeit. Die Demonstranten behaupten, dass ihr Interesse von der Politik und den Medien übergangen, absichtlich nicht beachtet wird. Deshalb: Wir (und nicht Medien und Politik) sind das Volk. Wenn diese Parolen nicht vermischt wären mit Abendland und Islam, könnte von einer radikaldemokratischen Bewegung die Rede sein, von Leuten, die Hayek „demokratische Dogmatiker“ (11) nannte, weil sie sich auf das Prinzip der unmittelbaren Volksherrschaft beriefen. Aber die Parolen für das Abendland und gegen den Islam sollten den aufmerksamen Beobachter nicht davon abhalten, alle Beweggründe aufzudecken. Zu denen gehört das untergründige Unbehagen, bestimmt zu werden und nicht – als Volk – zu bestimmen. Dann ist zu fragen, ob die Demonstrationen neben allem Anderen auch den Versuch darstellen, Selbstbewusstsein zu demonstrieren. Das wäre gegen die Vorstellung des Neoliberalismus gerichtet. Denn dieser will kollektive politische Entscheidungen möglichst ersetzen durch individuelle Entscheidungen auf Märkten. Er fordert, sich in Demut zu üben, in „Demit – so Hayek – vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen (...), durch welche die einzelnen mithelfen, Dinge zu schaffen, die größer sind als sie selbst wissen.“ (12) Sehr ungewiss ist, ob aus diesem Unbehagen – Sven Giegold von den Grünen nennt es „Grummel- und Moserstimme in der Bevölkerung“ – eine Bewegung werden kann, die tatsächlich auf mehr Demokratie aus ist.

Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ist es die Kritik des „kleinen Mannes“. Diese

äußere sich in Sätzen wie: „Wir gelten ja eh nichts, auf uns hört kein Politiker mehr, die sind doch alle gleich, wir werden schon lange nicht mehr ernst genommen.“ (13) Dass bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden beachtlich viele Parolen die Medien kritisieren, ist nicht eine Eigenheit von Pegida. Eine Yougov-Umfrage im Auftrag von *Zeit Online* (14) zeigt, dass insgesamt 47 Prozent aller Befragten die Berichterstattung der Medien für einseitig halten; in Osten Deutschland sind es sogar 55 Prozent. Die Sympathie für Pegida dagegen ist im Osten und Westen fast gleich verteilt.

Wenn nun Sigmar Gabriel auf die Leute zugehen will, wenn Roger Lewentz „diese Menschen auch ernst nehmen“ will und De Maizière ihre Sorgen, dann müssen sich die Politiker ernsthaft mit Forderungen auseinandersetzen wie: „Parteien gute Nacht. Bürger an die Macht“, „Volksentscheid ins Grundgesetz“ oder „Gegen Bevormundung“. Und weiter: Wenn sie die Ablehnung des Islam als Ergebnis einer Verschiebung verstehen können, bei der der Islam als Sündenbock herhalten muss für drohende Armut und prekäre Beschäftigung, dann lässt sich Antiislamismus erfolgreich eindämmen, wenn die tatsächlichen Gründe für die schlechten sozialen Verhältnisse klar benannt werden. Dann ist über Hartz IV zu reden, über den Rückschritt beim Arbeitsrecht, über befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und Ähnliches mehr. Denn „Bürger an die Macht“ oder „Gegen Bevormundung“ behaupten doch, dass Gesetze gemacht werden, die zwar im Bundestag, nicht aber bei der Bevölkerung eine Mehrheit finden. Im Deutschlandtrend der ARD vom 8. Januar 2015 bejahen 64 Prozent die Feststellung, dass die Bürger kaum Möglichkeiten hätten, auf die Politik Einfluss zu nehmen. Bei den Pegida-Sympathisanten sind es 85 Prozent, Drei Beispiele: Meinungsumfragen etwa zur Rente mit 67 zeigen, dass mehr als vier Fünftel der Befragten mit 65 Jahren oder früher in Rente gehen möchten. Beim Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan waren zwei Drittel der Befragten dagegen. Das Freihandelsabkommen mit den USA wird von 41 Prozent der Deutschen abgelehnt, 39 Prozent sind dafür. Parolen wie „Bürger an die Macht“ deuten darauf hin, dass der Gegensatz zwischen Parlamentsentscheidungen und dem tatsächlichen Mehrheitswillen der Bevölkerung, der Gegensatz zwischen der von den Medien veröffentlichten Meinung und der tatsächlichen Meinung der Mehrheit das grundlegende Motiv für die Demonstrationen sind. Dies kann durchaus die Vorstellung mit einschließen, dass die Parlamentsmehrheit bei der Zuwanderung die falschen Entscheidungen trifft.

Der Begriff des Populismus – nicht in seiner unklaren, meist polemischen Alltagsverwendung – kann helfen, die Sympathie für Pegida und die Erfolge der AfD zu verstehen als Kritik an Bevormundung durch die regierenden Parteien und die Medien. Eine recht klare Analyse des Populismus hat Katrin Priester in ihrem Buch „Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon“ vorgelegt. Sie schreibt: „Populistische Tendenzen entstehen in ökonomischen und sozialen Umbruchphasen, die politische Desillusionierung und den Verlust des Vertrauens in die Handlungskompetenz der Eliten hervorrufen.“ (15) Unter dieser Bedingung könne sich die liberale Demokratie auflösen in ihre Bestandteile: hier liberaler Rechtsstaat, dort Volkssouveränität. „Nach

1945 kam es vor allem den großen Volksparteien zu, diese Synthese zu festigen. Sie wird heute durch vielfältige Krisenerscheinungen brüchig, von denen sich die Populisten vor allem eine zunutze machen: Die alternativlos erscheinende Verwaltung von ‚Sachzwängen‘ die zugleich als Abkapselung eines in sich rotierenden ‚Elitekartells‘ wahrgenommen wird“. (16)

In der Tat: Die Union und die SPD haben sich als Volksparteien, als Allerweltparteien (catch all parties), wie sie in den Handbüchern der Politik genannt werden, zum Verwechseln einander angenähert. (Nicht anders die Grünen.) Sie alle sind ein „rotierendes Elitekartell“. Sie werden wahrgenommen als ein Kartell, in dem die Politiker sich machtlos geben gegenüber den von ihnen als naturgesetzlich behaupteten Sachzwängen. Sie scheinen überzeugt von einer außer- und übermenschlichen Intelligenz des Marktes, vom Wettbewerb (17), den Vorteilen eines uneingeschränkten internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Sie unterwerfen sich der Diktatur der Finanzmärkte, statt diese zu regulieren und einzuschränken. Sie schließen internationale Verträge ab, so das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, und beschränken damit ganz bewusst die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Die „Handlungskompetenz der Eliten“ geht offenbar dahin, ihre Macht in ihrer großen Idee vom freien Markt, von der internationalen Souveränität großer Konzerne aufgehen zu lassen. Das überrascht. Denn wer in der Politik führt, hat alles darangesetzt, Macht zu bekommen. Wie kommt es, dass die Macht dann nicht souverän ausgeübt, sondern in den Dienst bedeutender Unternehmen gestellt wird? Wenn die Demokratie im Sinne Priesters dazu neigt, sich in ihre Bestandteile aufzulösen, dann ist der Populismus vor allem deswegen attraktiv, weil er für sich die Idee der Volkssouveränität in Anspruch nimmt. Unter diesem Gesichtswinkel gibt es auf der linken und auf der rechten Seite „einen Entfremdungsdiskurs, dessen Schnittmenge in der gemeinsamen Ablehnung von Bevormundung und Fremdbestimmung liegt, sei es die der EU, des Kapitals, der Bürokratie, der politischen Eliten“. (18) Diese Schnittmenge zeigt sich bei den Sympathisanten von Pegida und der AfD.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg hat Die Linke insgesamt 51 000 Stimmen an die AfD verloren. Im Verhältnis zu den Zweitstimmen, die für Die Linke abgegeben worden sind, sind das insgesamt 6,7 Prozent – und im Verhältnis zu den Zweitstimmen, die die AfD bekommen hat, 13,5 Prozent. Eine Umfrage zu Pegida von Forsa im Auftrag des Stern(19) zeigt Vergleichbares. 13 Prozent der Befragten würden sich an Pegida-Demonstrationen beteiligen, wenn diese in der Nähe ihres Wohnorts stattfänden. Die größte Bereitschaft hierzu haben die Anhänger der AfD (45 Prozent) und der Linken (26 Prozent). Offen ist hierbei, was den Ausschlag gibt für diese Schnittmenge. Ist es der Protest gegen Bevormundung und für Volkssouveränität oder gegen den Islam? Und wenn der erklärte Gegner der Islam ist, dann ist zu prüfen, ob er tatsächlich nicht das Ersatzobjekt für einen anderen Gegner ist.

Woran kann die AfD scheitern?

Die AfD verhält sich in ihrer Programmatik durchweg dem Islam gegenüber neutral. Sie ist entschieden gegen Bevormundung, für mehr direkte Demokratie, Forderungen also, die die andere Hälfte der Parolen der Pegida-Demonstrationen ausmachen. Ihre politischen Leitlinien wenden sich gegen „überbürokratische Bevormundung der Bürger durch zahllose Verordnungen und Gesetze“, sie befürwortet mehr direkte Demokratie im Rahmen von Volksabstimmungen und –initiativen. Die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit Deutschlands „in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten (dürfe) nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung des Volkes eingeschränkt werden“, sie spricht sich aus für das sogenannte Subsidiaritätsprinzip in der EU, wonach jede Entscheidung eine Sache der kleinstmöglichen Einheit sein soll, sie bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards, womit sie sich gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht wenden will: Der Mittelstand sei „die tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft“. (20)

In der politischen Praxis der AfD allerdings sieht das anders aus: So bekam Hans Olaf Henkel den Vize-Vorsitz im Industriausschuss des Europäischen Parlaments, wahrscheinlich, weil er dort die Interessen der Großkonzerne vertritt. (Henkel befürwortet das Freihandelsabkommen TTIP, obwohl sich die kleinbürgerliche Parteibasis der AfD hierzu deutlich kritisch geäußert hatte.) Auch gegen die Nominierung des britischen Konservativen Jonathan Hill zum Kommissar für Finanzstabilität und Finanzdienstleistungen hatte die AfD keine Einwände. Hill gilt als Lobbyist der Londoner Finanzbranche. Die Bankenrettungsschirme, die die AfD im Zuge der Krise heftig kritisiert hatte, spielen offenbar keine Rolle mehr (AfD-Plakat: „Griechen leiden, Banken kassieren, Deutsche zahlen“ oder auch „Basisdemokratie statt Bankenherrschaft“). (21). Dies ist die offenbar die ungelöste Frage innerhalb der AfD und die Grundlage für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Partei. Soll sie sich trotz aller gegenteiligen Forderungen des Programms doch am Wirtschaftsliberalismus orientieren, was der grundsätzlichen Einstellung von Lucke oder Henkel entspricht, oder will sie ernst machen etwa mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie? Schließlich soll Lucke „in einer Mail an alle Mitglieder am 1. November 2014 faktisch allen den Parteiaustritt (nahegelegt haben), die kritisch über Zins- und Zinseszins, das Geldsystem oder eine goldgedeckte Währung, über den Einfluss amerikanischer Banken auf die Politik oder die Souveränität Deutschlands nachdächten“. (22) Nun zieht eine Partei, die auf Populismus setzt, sicherlich Randgruppen an, denen beispielsweise das moderne Kreditgeld nicht geheuer ist, die aber den Schwächen dieses modernen Geldes nicht durch staatliche Regulierung begegnen wollen, sondern durch ein Zurück zur goldgedeckten Währung. Denn diese, so die Hoffnung, braucht keinen alles regulierenden Staat. Diesen Gruppen aber einen Parteiaustritt nahelegen, erscheint übertrieben – und mehr noch, wenn andere Gruppen über den Einfluss der (amerikanischen) Banken auf die Politik oder über die Souveränität Deutschlands nachdenken. Gewinnt die Linie von Lucke und Henkel die Oberhand, dann wird die AfD wohl daran scheitern, dass sie das tut, was sie kritisiert – nämlich über die Köpfe der Leute hinweg unpopulären Projekten (so TTIP) zur Mehrheit im Parlament zu verhelfen. Dann wäre die Forderung nach unmittelbarer Beteiligung des

Volkes bei wesentlichen Entscheidungen nichts weiter als ein lausiger Propagandatricks. Übrig bleibt möglicherweise Pegida. Diese Bewegung kann recht beständig werden, wenn die Verschiebung vom tatsächlichen Feind zum Ersatzobjekt Islam einfach tabuisiert wird, statt der Verschiebung selbst entgegen zu arbeiten.

Anmerkungen

- (1) YouGov Umfrage, 1.107 Befragte, Erhebung zwischen dem 12.12. und 15.12. 2014, Zeit online 15.12.2014
- (2) Werner J. Patzelt: Hinter «Pegida»-Protest steht Verteilungskonflikt, Stader Buxtehuder Altländer Tageblatt.de 23.12.2014
- (3) Eva Groß, Julia Gundlach, Wilhelm Heitmeyer, Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) Deutsche Zustände. Folge 9, Frankfurt 2010, S. 152
- (4) Holger Bonin, Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 2014
- (5) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.12.2014
- (6) Alexander Demling, Christian Rickens, Kritik an Zuwanderung: Der Fehler in Hans-Werner Sinns Migranten-Mathematik, Spiegel online 30.12.2014
- (7) Interview mit Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Neue Osnabrücker Zeitung vom 30. Dezember 2014
- (8) Heinz Bude, Ernst-Dieter Lantermann, Besorgt, beleidigt und zurückgesetzt (zur Psychologie der Islamophobie), Süddeutsche Zeitung, 23.12.2014
- (9) Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/M. 1973, S. 108
- (10) Ebenda
- (11) Friedrich August von Hayek, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 137
- (12) Derselbe, Falscher und wahrer Individualismus, in: ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Politik, Band 1, 1948, S. 25 Vgl. hierzu auch, H. Schui, S. Blankenburg u.a., Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997, bes. S. 63ff
- (13) Jasper von Altenbockum, Heimatlos, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.1.2.2014

(14) Fast jeder Zweite misstraut den Medien, zeit online 22.12.2014

(15) Karin Priester, Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt/Main 2012, S. 11

(16) Ebenda, S. 12

(17) Herbert Schui, Politische Mythen und elitäre Menschenfeindlichkeit. Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen, Hamburg 2014, hier v.a. Kapitel 3, Der Mythos von Markt und Wettbewerb, S. 34f

(18) Karin Priester, Rechter und linker Populismus, a.a.O., S. 25

(19) stern.de, Für Pegida auf die Straße: 13 Prozent der Deutschen würden mitmarschieren 1.Januar 2015

(20) Alternative für Deutschland, Mut zur Wahrheit. Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, verabschiedet durch eine Abstimmung der Mitglieder vom 28.4. bis 1.5. 2014. Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf die Randziffern in den Leitlinien.

(21) Constantin Braun, Gegen die EU? Mit der EU? Rechter Rand: Die ersten 100 Tage der AfD im Europäischen Parlament, ak - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 598 / 14.10.2014

(22) Welt online 3.1.2015